

Recht auf Dorf

Zum Politischen in sozial-ökologischen Kämpfen um devastierte Dörfer

Simone Hieber

Einleitung

Eine so benannte »Recht auf Dorf«-Bewegung gibt es nicht. Doch zahlreiche Einzelpersonen sowie lokale und translokale zivilgesellschaftliche Bündnisse setzen sich für den Erhalt von Leben auf und mit dem Land ein. Mit dem Ausruf einer Zone à Défendre werden Megaprojekte blockiert, in Frankreich (z.B. ausgerufen 2016 in Bure gegen ein Atom-Endlager und 2018 in Notre-Dame-des-Landes gegen einen Flughafen), aber auch in der Schweiz (ausgerufen 2020 am Hügel Mormont gegen den Zementabbau) und in Deutschland (ausgerufen 2020 in Lützerath gegen den Braunkohleabbau). Darüber hinaus kämpft das Bündnis »Alle Dörfer bleiben!« seit 2018 gegen Zwangsumsiedlung und Klimazerstörung in den drei Braunkohlerevieren Rheinland, Leipziger Land und Lausitz, sowie das Ackersyndikat seit 2020 für den Erhalt von kleinbäuerlichen Flächen. Im Zentrum dieser Kämpfe stehen Dörfer und ländliche Flächen, die abgebaggert, devastiert werden sollen. Die Frage nach einem »Recht auf Dorf« ist im Vergleich zur etablierten Frage nach einem »Recht auf Stadt« bislang wenig erforscht. Der Artikel »The Right to the Village?« (El Nour Saker et al. 2015) in Auseinandersetzung mit einem Dorf im Süd-Libanon, welches zunehmend von Investoren verändert wurde, stellte u.a. den Auftakt für die Auseinandersetzung mit der Frage dar, was ein »Recht auf Dorf« sein könnte und welche Rolle die lose, oder oft nur lokale Bewegung dahinter einnimmt. Seither sind eine überschaubare Anzahl an Publikationen dazu erschienen (u.a. Barraclough 2013; Pailloux 2015; Dzenovska 2020; Naumann/Mießner 2020; Bechtum 2021).

Das vorliegende Kapitel konstatiert eine »Recht auf Dorf«-Bewegung. Die Annahme einer »Recht auf Dorf«-Bewegung soll eine Analyse devastierter Dörfer und des dortigen Aktivismus ermöglichen und zentrale Fragen aufwerfen. Zudem verschränkt die Devise »Recht auf Dorf« die Bedeutung der Kämpfe um die Dörfer mit dem Ausmaß ihrer unwiderruflichen Zerstörung durch bestimmte privat wirtschaftende Unternehmen, die oft von politischen Entscheidungen begünstigt wird. Der Kontext meiner Forschung ist das Phänomen der Devastierung von Dörfern u.a. aufgrund von Bergbau, Infrastrukturpro-

jekten und Spekulation mit diesen. Welche Bedeutung Devastierung für die Dörfer und für die Menschen, die in ihnen leben, hat, soll zunächst kurz skizziert werden. Dabei wird für die Analyse Henri Lefebvres Theorie des Raumes berücksichtigt, welche sowohl für städtische als auch ländliche Räume Geltung beanspruchen kann (Abschnitt 2). In meiner Feldforschung in drei Dörfern bediente ich mich vor allem explorativer Methoden, dem *nosing around* der Chicagoer School und den *ero-epischen* Gesprächen Roland Girtlers. Mit ihnen möchte ich den für einen urban Forschenden »fremden« Untersuchungsgegenstand Dorf gerecht werden (Abschnitt 3). Nach Henri Lefebvres Anspruch zeichnet sich eine »Recht auf...«-Bewegung dadurch aus, dass Betroffene zu zentralen Akteur*innen für Aushandlungen und Veränderungen gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse werden (Lefebvre 2019: 153f.). Im Zentrum meiner Forschung standen damit Menschen und Gruppierungen in ihren Kämpfen um devastierte Dörfer. Die »Recht auf Dorf«-Bewegung, die in dieser Kollektivbezeichnung nicht existent ist, wird anhand dreier Formen politischen Handelns analytisch aufgespannt: Engagement, Partizipation und Aktivismus. Der Blick auf die heterogene Akteursstruktur macht Praktiken, Weltanschauungen und Konfliktlinien in den Dörfern sichtbar. Es ist bemerkenswert, dass in der Öffentlichkeit oftmals, abgesehen von einigen beinahe ikonischen Dörfern wie Lützerath, eine breite Skandalisierung der Zerstörung dieser Dörfer, sowie eine differenzierte Wahrnehmung der Aktiven ausbleibt. Dies führt zu der These, dass eine Entpolitisierung der Aktiven auf unterschiedlichen Ebenen stattfindet (Abschnitt 4). Gleichzeitig entwerfen Aktive mit dem Kampf zum Erhalt der Dörfer Alternativen für deren Wiederbelebung, welche auch eine sozial-ökologische Kritik beinhalten. Das Kapitel leistet einen Beitrag zu der Frage, wie ein »Recht auf Dorf« ein neuer Kompass für eine sozial-ökologische Gesellschaftskritik sein kann (Abschnitt 5).

Zum Phänomen der Devastierung in urbanisierten Räumen

Für ein ökologisches System ist Devastierung ein Phänomen, welches ambivalent ist, wie Fuller und Goriunova (2017) in ihrem Essay »Über Devastierung« argumentieren. Devastierung kann Zerstörung und Stagnation, aber auch Wachstum für Ökologien bedeuten. Es kann konstatiert werden, dass »Devastierungen [...] Dinge aus zyklischen oder festgelegten Zuständen heraus [reißen] und [...] sie in sich ausbreitende Zustände der Verarmung [versetzen]« (ebd. 35). Devastierung bezogen auf Dörfer meint neben der Naturzerstörung und der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen, auch eine Zerstörung von Sozialgefügen, von Kultur und Traditionen. Die Disziplin der Wüstungsforschung in der Geographie blickt breit auf jegliche Formen von Siedlungsregressionen und Wüstungen als historisches Phänomen seit dem Mittelalter (Reichert-Schick 2013; Michl 2021). Devastiert, also zerstört, verwüstet oder gar ganz abgerissen werden in Deutschland sprachgebräuchlich und faktisch am häufigsten Dörfer im Kontext des Braunkohleabbaus. Das prominenteste Beispiel der Gegenwart ist das Dorf Lützerath im Rheinland, das dem Braunkohleabbau des Privatunternehmens RWE Anfang 2023 Platz machte. Die Vereinbarung der Grün-geführten Wirtschaftsministerien des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Konzern RWE beinhaltete, dass die letzte Braunkohle im Westen 2030, statt 2038 gefördert werden soll, dafür jedoch Lützerath abgebaggert

werden darf (vgl. Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. 2023). Seit Beginn des 20. Jahrhunderts wichen insgesamt etwa 380 Dörfer dem Braunkohletagebau in den Gebieten Mitteldeutsches Revier (140 Dörfer, 53.000 Menschen) (Berkner 2022), Lausitzer Revier (137 Dörfer, 25.000 Menschen) (Archiv verschwundene Orte 2023) und im Rheinland (100 Dörfer, 40.000 Menschen) (BUND NRW 2023). Insgesamt wurden fast 120.000 Menschen umgesiedelt. Des Weiteren wichen Dörfer auch für den Bau von Stauseen, für den Uranabbau der Wismut AG, aufgrund der innerdeutschen Grenze und für andere militärische Nutzung, wie Truppenübungsplätze. Zudem sollen Dörfer weichen, weil Großprojekte wie Flughäfen expandieren, wie aktuell der Protest gegen den geplanten Ausbau des DHL-Drehkreuzes Leipzig-Halle zeigt. Dörfer werden auch devastiert, weil transnationale Unternehmen mit ihnen spekulieren, wie im Dorf Steine im Wendland, welches im Eigentum des chinesischen Großkonzernes Huarong ist und seither verfällt. Neben den Braunkohletagebauen wurden so schätzungsweise deutschlandweit weitere 150 Dörfer abgerissen und einige 10.000 Menschen umgesiedelt (IGZD 2023). Genaue Zahlen liegen dazu nicht vor.

Der analytische Blick auf Devastierung lenkt sozialwissenschaftliche Forschung hin zu der Frage, *was* zerstört wurde und *wer* die Verursacher dafür sind. Die in diesem Kapitel untersuchten Dörfer sind nicht etwa aufgrund eines demographischen Wandels verfallen und entleert, sondern wurden aktiv zerstört und abgerissen. Wenn Fuller und Goriunova auf Devastierung blicken, stellen sie keine Dörfer in den Fokus, sondern die Zerstörung von Ökologien durch den menschengemachten Klimawandel. Doch sie eröffnen eine Perspektive über die Bedeutung von Devastierung und über deren Konsequenzen grundsätzlich nachzudenken: »Devastierungen sind politisch und werden von einem Zusammenspiel aus rhetorischen, rechnerischen, juristischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Kräften und Interessen gespeist« (Fuller/Goriunova 2017: 37). Dabei werde das bevorstehende Nichts faktisch ausgeblendet und verharmlost, anstatt sich umfänglich mit den Konsequenzen einer Zerstörung von Ökologien, oder eben Dörfern, auseinanderzusetzen. Annett Steinführer kritisiert in der medialen Debatte um devastierte Dörfer wiederum die »Linearität und Zwangsläufigkeit« (2017: 1) des Verschwindens der Dörfer. Es werden zwar Alternativen zur Nutzung von ehemaligen Braunkohlerevieren von den Minenbetreibern selbst entworfen, und Naherholungsgebiete entstehen im ehemaligen Tagebau. Doch werden weder Alternativen zum Abriss umfänglich und demokratisch diskutiert noch die Folgen des Abrisses für das Sozialgefüge Dorf mitbedacht. Das bevorstehende Nichts, also die ausgebeutete Natur und das zerstörte Dorfgefüge nicht denken zu wollen, kommt dann einem »depolitisierenden Diskurs der Alternativlosigkeit« (Abbas 2020: 397) gleich, wie ihn Jacques Rancière (u.a. 2011, 2022) als demokratische Gegenwartsdiagnose – seit Mitte der 90er Jahre – beschreibt und die nichts an Aktualität eingebüßt hat.

Genau an diesem blinden Fleck setzen soziale Bewegungen (vgl. Schnabel/Beyer 2017: 13ff.) an, indem sie sich mit ihrem Kampf zu einem unabdingbaren Teil des Diskurses und des Handelns um devastierte Dörfer machen. Der Protest um die bedrohten Dörfer ist vielfältig und wird meist über Jahrzehnte von Anwohner*innen und translokalen Aktivist*innengruppen getragen. Dies korreliert mit dem Anspruch Henri Lefebvres in seinen Theorien des »Recht auf Raum« (vgl. Lefebvre 2019: 215ff.), in denen Betroffene, also die Menschen, die in den Räumen leben, zu zentralen Akteur*innen

für Aushandlungen und Veränderungen gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse werden (ebd.: 153f.). Es ergibt wenig Sinn, Lefebvre dabei auf das populärere »Recht auf Stadt« zu reduzieren und dies als analytischen Ausgangspunkt zu nehmen, da er, wie im Folgenden noch gezeigt werden wird, bereits in seinen frühen Arbeiten rurale und urbane Räume in einer Raumtheorie erfasst hat. Durch seine frühen ruralen Studien u.a. in den Pyrenäen und der Toskana (Elden/Morton 2022) kam er zu der Einsicht, dass er in der Stadt forschen muss, um die Veränderungen in den ländlichen Räumen zu verstehen. Kapitalismus und Urbanismus sind ins Zentrum der Betrachtung von devastierten Räumen gerückt. Daraus ist Lefebvres populäres Buch »Recht auf Stadt« (2019) entstanden, welches in der Wissenschaft und im Aktivismus bis heute rezipiert wird (Gaier/Logan 2009; Holm 2011; Brenner et al. 2012; Lefebvre 2019: 5–23; Harvey 2021) und in stadtpolitischen Bewegungen institutionalisiert ist (Zeitschrift Común und jährliches Recht auf Stadt-Forum). Lefebvre betrachtet die Entwicklungen in ländlichen und städtischen Räumen als miteinander verbunden, weil beide Räume von Phänomenen der Urbanisierung und Kapitalisierung geprägt seien. Der analytische Schritt von einem »Recht auf Dorf« zu einem »Recht auf Stadt« erlangt durch den Verbindungspunkt Urbanismus an Plausibilität: »Die Krise der traditionellen Stadt begleitet die weltweite Krise der ebenfalls traditionellen landwirtschaftlichen Zivilisation. Sie gehören zusammen und fallen sogar zusammen« (ebd. 153). Ein Recht auf Raum im Allgemeinen sei ein Recht auf Zentralität (vgl. Lefebvre 2019: 216), sowie das »Recht auf Freiheit, auf Individualisierung in der Vergesellschaftung, auf das Wohngebiet und das Wohnen. Das Recht auf das Werk (auf mitwirkende Tätigkeit) und das Recht auf Aneignung (klar zu unterscheiden vom Recht auf Eigentum) [...]« (ebd.: 189). Die Einsicht, dass Urbanismus als »gesellschaftliche Praxis« (ebd. 74f.) nicht auf die Stadt begrenzt bleibt, wird zunehmend in den Sozialwissenschaften reflektiert (Langner 2018: 9f.).

Ebenso wertvoll zum Verständnis der Dimension der Urbanisierung von Räumen und den Auswirkungen in den Dörfern sind die Analysen von Neil Brenner (2012) und Raymond Williams (2006), sowie Ansätze zur rurbanen Forschung (Langner 2018), der Kritischen Landforschung und Kritischen Geographie (Steinführer 2015, 2017; Mießner/Naumann 2019; Maschke et al. 2020) und darüber hinaus zahlreiche empirische Einzelanalysen (Pailloux 2015; Bechtum 2021). Jene Entwicklungen von Urbanisierung und Kapitalisierung werden kontinuierlich von der lose organisierten, aber dennoch existierenden »Recht auf Dorf«-Bewegung konterkariert, um die es im Folgenden gehen soll.

Zur Forschungsmethode

Eine soziale Bewegung rund um ein »Recht auf Dorf« zu erforschen, bringt bestimmte Implikationen mit sich. Meine Feldforschung in den Dörfern Pödelwitz (bei Leipzig), Steine (im Wendland) und Lützerath (im Rheinland) gestaltete ich explorativ in der Tradition der Ethnographie. Ich nutzte Methoden, wie das ziellose Umherschweifen in den Dörfern, dem nosing around, wie es Robert Park und die Chicagoer School (vgl. Lindner 2007) praktizierten, sowie offene ero-epische Gespräche nach Roland Girtler (vgl. 2009).

Explorative Methoden scheinen für die Erforschung eines »Rechts auf Dorf« hilfreich, gerade weil sozialwissenschaftliche Forschung oft im und mit dem urbanen Zen-

trum entsteht und geprägt wird. Dann heißt es als Wissenschaftler*in des Ruralen, woanders hinzublicken, als ins Zentrum – ebenso taten und tun es Park und Girtler (vgl. 1996) mit ihren Studien über sogenannte Randkulturen. Es ist der Versuch mit der Exploration einer wissenschaftlichen und öffentlichen Stereotypisierung und Voreingenommenheit »den« Dörfern und »dem« Ländlichen gegenüber zu begegnen (vgl. Steinführer 2017; Naumann 2022). Stereotypisierung und Voreingenommenheit sind Kennzeichen einer Dynamik, wo Eigenes auf Fremdes trifft und nicht hinreichend reflektiert wird. Siegfried Kracauer (1971) zeigte in seiner Studie »Die Angestellten«, dass das Fremde auch in der Exotik des Alltags, in der Berliner Angestelltenkultur zu finden ist. Es ist anzunehmen, dass ländliche Räume für akademisch Forschende meist nicht Alltag sind. Sie sind jedoch so nahe, dass deren Exotisierung als Forschungsstrategie verstanden werden muss. Die Methode der Exploration in der Erforschung von Dörfern, also auszukundschaften, sich überraschen zu lassen und offenen Gespräche zu führen, überzeichnet die Dörfer bewusst als Exotische, als Randkulturen und als Fremde, um Praktiken lokalen Handelns sichtbar zu machen (vgl. Girtler 1996: 210).

Darüber hinaus sollte der Forschende auf Methoden verzichten, die allzu standardisiert lediglich Teilaspekte des Dorfes beleuchten. Denn das Dorf stellt einen Holismus dar, bei dem Menschen, Berufe, Ökologie, Soziales, Kommunalpolitisches und Infrastruktur miteinander verbunden sind. Das Dorf als ambivalente Symbiose verschiedenster Lebens- und Aktionsformen analytisch zu greifen bedeutet, die einzelnen Teile und deren Zusammenhänge mit dem unvoreingenommenen Blick eines*r freien Wissenschaftlers*in zu erkunden. Dann können Forschende in der Exploration Prozesse erkennen und beschreiben, welche über das Lokale hinausweisen und translokale Phänomene von Gesellschaft sind.

Ergänzend zu den explorativen Methoden erprobte ich kooperative Forschungsmethoden, um neben wissenschaftlichen Outputs auch Medien generieren zu können, die von den Akteuren vor Ort leichter zugänglich und nutzbar sind: Aktuell entsteht ein Wimmelbild zum Thema »Recht auf Dorf«, als Pendant zum bestehenden »Recht auf Stadt«-Wimmelbild. Das Wimmelbild soll in Kooperation mit dem Illustrator die Vielfalt an ruralen Protesten abbilden, indem die Aktiven selbst Bilder und Erzählungen über ihren Protest einbringen können, also nicht nur *über* sie erzählt wird. Gerade in ländlichen Räumen ist die Förderung von Selbsterzählungen zentral, da über Dörfer bestimmte, einseitige Bilder über Jahrzehnte geprägt wurden, die bis heute reproduziert werden. Zu den Negativbildern gehören auch mediale Erzählungen vom Sterben und der Zukunftslosigkeit von Dörfern (vgl. Steinführer 2017).

»Recht auf Dorf«-Bewegung

Rolle sozialer Bewegungen in Dörfern

In der Annahme, dass etwas Spezifisches in den Protesten in ruralen Räumen liegt, sollen diese Bewegungen unter »Recht auf Dorf« gefasst werden. Die »Recht auf Dorf«-Bewegung existiert nicht als etablierte Bewegung, weder in einer Selbstbezeichnung der Protestierenden noch in der Bewegungsforschung. Kennzeichen vieler ruraler Bewegungen

sei es, dass sie fragmentiert und oft nur informell verbunden sind, wie Scoones et al. (vgl. 2022: 452) am Beispiel von Protesten gegen die Ausbreitung multinationaler Konzerne in ruralen Gebieten Europas zeigen. Lefebvres »Recht auf Zentralität« (Lefebvre 2019: 18) ermöglicht die Frage nach einem »Recht auf Dorf« zu stellen, ohne zwangsläufig analytische Analogien von »Recht auf Stadt« zu »Recht auf Dorf« prüfen zu müssen. Dies haben bereits viele Wissenschaftler*innen getan (Cordova 1999; Barraclough 2013; Bühler et al. 2015; El Nour Saker et al. 2015; Landy/Moreau 2015) und ist nicht Zugang dieses Beitrags. Vielmehr geht es um das basale Verständnis, dass Land und Stadt aufeinander bezogene Räume sind. Beide müssen innerhalb ihrer jeweiligen ruralen oder urbanen Kontexte und Bedingungen bestimmte Rechte gegen kapitalstarke Autoritäten erkämpfen (vgl. Lefebvre 2019: 153). In beiden geht es um das Recht, in und mit ihnen zu »wohnen« (frz. *habiter*), am gesellschaftlichen Leben, an einer Gemeinschaft, einem Dorf oder einer Stadt teilzuhaben« (ebd. 46). Es geht also um Bürger*innen-Rechte, wie Freiheit, Wohnen, Individualisierung in der Vergesellschaftung, sowie Mitwirkung in Räumen, welche durch einen Einfluss durch Privatkapital verändert oder verhindert werden. Das »Recht auf Stadt« oder »Recht auf Dorf« »legitimiert die Weigerung, sich durch eine diskriminierende, segregierende Organisation aus der städtischen [Anm. d. Verf.: oder ländlichen] Wirklichkeit verdrängen zu lassen« (ebd.: 216).

Im Folgenden geht es um die Frage, wer für welche Rechte konkret in devastierten ländlichen Räumen kämpft. Drei Formen politischen Handelns sollen typisiert einen Rahmen zur Analyse geben: Engagement, Partizipation und Aktivismus. Von ihnen lasse ich mich in der folgenden Analyse leiten, um Praktiken, Weltanschauungen und Konfliktlinien in den Dörfern sichtbar zu machen. Diese Analyse soll den Weg für konzeptionelle und praktische Implikationen eines »Rechts auf Dorf« ebnen.

Engagement

Wenn Wissenschaft und Politik von *zivilgesellschaftlichem* oder *bürgerschaftlichem* oder *freiwilligem Engagement* sprechen, meinen sie meist Menschen, die sich u.a. in Vereinen, Kirchen und Nachbarschaftsinitiativen einbringen. Als Enquete-Kommission formiert, haben sich Abgeordnete des Deutschen Bundestags Anfang der 2000er eingängiger mit der »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« (Deutscher Bundestag 2002) auseinandergesetzt. Sie legten Attribute von bürgerschaftlichem Engagement fest, die bis heute zur Definition herangezogen werden: Es ist freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtet, gemeinwohlorientiert und wird gemeinschaftlich und kooperativ ausgeübt (ebd.: 38). Engagement meint dabei auch die Reaktion von Bürger*innen auf eine Lage, in der sich der Staat immer weiter aus der Bereitstellung einer städtischen und ländlichen Daseinsvorsorge zurückzieht. Bürger*innen sehen sich immer mehr in die Verantwortung infrastrukturelle Lücken zu füllen (vgl. Reda 2019: 253ff.). Mit ihrem Engagement werden Bürgerbusse, Brandschutz und technische Hilfeleistungen bereitgestellt, darunter die Freiwillige Feuerwehr, ebenso kulturelle Angebote, sowie Natur- und Umweltschutz geschaffen (vgl. Steinführer 2015: 7). Wenn ein devastiertes Dorf gerettet und wiederbelebt werden soll, spielen diese bestehenden Engagement-Strukturen oft eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Ein Beispiel ist das Dorf Steine im Wendland, welches vom chinesischen Eigentümer Huarong als Spekulationsobjekt verwendet wird und seither größtenteils unbewohnt verfällt. Ein Aktiver aus dem linkspolitischen Spektrum, der Teil einer lokalen Bürgerinitiative ist, erzählte mir, dass die Bürgerinitiative auch etablierte Feste in den Nachbardörfern wie das Feuerwehrfest für ihre Themen nutzt. Sie bewerben dort Naturschutzaktionen, wie Baumpflanzungen und machen auf das zerfallende Dorf aufmerksam, um Unterstützer*innen zu bekommen. Dabei betont er die Heterogenität der Akteur*innen:

»Ich geh sonst auch nicht auf so ein Feuerwehrfest. Naja, ich find's halt wichtig (...). Weil es sind halt echt verschiedene Welten, die hier aufeinandertreffen. Du hast diese Schützenfestler ganz viele und dann hast du hier irgendwelche Raves oder Parties oder im links-autonomen Gasthof irgendwelche Politveranstaltungen... Das sind halt total andere Welten. In den Dörfern leben die Leute aber zusammen und müssen auch irgendwie miteinander klarkommen. In der Stadt ist das halt anders.« (Aktive*r einer lokalen Bürgerinitiative)¹.

Die Ehrenamtlichen der Freiwilligen Feuerwehr, die auf eine lange Tradition zurückblicken, und die Aktiven der Bürgerinitiative eint, dass sie die Leerstellen politischer Versäumnisse mit ihrem Engagement füllen, sei es durch Maßnahmen des Brandschutzes, Baumpflanzungen oder mit der Belebung des verfallenden Dorfes. Es ist das Schaffen von Strukturen und Infrastruktur, welches Anknüpfungspunkte für gemeinsames Handeln schafft. Neben ideologischen Differenzen wird auch eine Diskrepanz von Wissen sichtbar, wenn neu Engagierte und etablierte Ehrenamtliche zusammenkommen, wie das nächste Zitat aus dem Braunkohledorf Pödelwitz zeigt: »M. brauchen wir, er ist in der Feuerwehr, er ist richtig gut verankert, der kann einem einfach sagen, was so die Themen sind.« (Aktive*r in Pödelwitz).

Insgesamt scheint, dass eine Verständigung über unterschiedliche politische Einstellungen – von konservativ bis links-progressiv – eine Aufgabe ist, die auf personaler Ebene bewerkstelligt wird. Die Zusammenarbeit ist auch davon abhängig, ob die Notwendigkeit unterschiedlicher Stimmen gesehen wird und ein Willen zur Annäherung vorhanden ist. Für Lefebvre (2019: 153) ist es immer der Kampf der »Betroffenen«, welcher das Potential zum gesellschaftlichen Wandel birgt. Es sind nicht die Theoretiker*innen und auch nicht eine erwählte Gruppe an Aktiven, sondern das »gesellschaftliche Leben (die Praxis) in seiner umfassenden Fähigkeit« (ebd.: 154), welches gesellschaftliche Verhältnisse schaffen kann, »oder [...] nicht« (ebd.) schaffen kann.

Entscheidend für die Erlangung eines »Rechts auf Dorf« im Engagement für das devastierte Dorf scheint die Liaison aus Verankerung vor Ort und der Einbringung von neuen Ideen und Ressourcen von außen zu sein. Tradiertes und etabliertes Engagement, wie die Freiwillige Feuerwehr scheint dabei für die »Recht auf Dorf«-Bewegung vor allem als Themengeber, als Unterstützer oder Plattform zu fungieren. Als politisches Handeln wird dieses etablierte Engagement meist nicht gedeutet. Die Menschen vor Ort, aber auch die Politik setzen als politische Lösung gezielt auf die »Selbstresponsibilisierung«

1 Alle Daten und Namen in den Zitaten wurden anonymisiert und pseudonymisiert. Die Dörfer sind mit Klarnamen erhalten geblieben.

(Steinführer 2015: 9), also auf das Eigeninteresse der Bürger*innen für den Zusammenhalt der Gesellschaft (vgl. Deutscher Bundestag 2002: 2) und zum Füllen der Lücken der Daseinsvorsorge, die durch die Kürzungen im Sozialstaat entstanden sind. Die Verantwortung der Politik wird als Instrument *Engagement* auf die Bürger*innen übertragen, ohne die Engagierten als politische Wesen und Engagement als soziales Phänomen zu begreifen (vgl. Reda 2019: 257). Es soll die These aufgestellt werden, dass Engagement in jener Funktionalisierung, die Daseinsvorsorge bereitzustellen, zum Stillstand gebracht wird. Oder erweitert formuliert, dass traditionelles, lokales Engagement von der Politik und der Öffentlichkeit entpolitisiert wird. Eine Entpolitisierung, die seit Jacques Rancières (2022) und Collin Crouchs (2020) Gesellschaftsdiagnose der Postdemokratie in der Politischen Theorie präsent ist.

Wenn Hannah Arendts Definition von politischem Handeln Einzelner gefolgt wird, zeigt sich, dass jenes dörfliche Engagement, wie das der Freiwilligen Feuerwehr, oder die Baumpflanzaktion einer Bürgerinitiative als politisch verstanden werden kann. Es geht um »das Recht jedes Menschen auf Mitgliedschaft in einem politischen Gemeinwesen« (Arendt 1949: 766). Eine Definition, welche Arendt aus der Historie des Heimatverlustes und der Geflüchtetenbewegungen in und nach dem Zweiten Weltkrieg entwirft. Politisch sei der Mensch, wenn er in der Öffentlichkeit frei mit anderen Menschen spricht und agiert (vgl. Arendt 2003: 28). Und Lefebvres »Recht auf Stadt« definiert das Urbane als den »Ort der Begegnung, [im] Vorrang des Gebrauchswerts, [...] [der] seine praktisch, sinnlich erfahrbare Verwirklichung erfährt« (Lefebvre 2019: 166). Der Gebrauchswert, im Gegensatz zum Tauschwert, ist für Lefebvres Vision eines »Rechts auf Stadt« von zentraler Bedeutung. Beim »Recht auf Stadt« geht es um schöpferische Tätigkeiten, darum ein Werk zu schaffen (im Gegensatz zum Konsum), um Informationsbeschaffung und Phantasie (ebd.: 31ff., 149). Diese Eigeninitiativen, wie in der Freiwilligen Feuerwehr oder im Kampf für ein »Recht auf Dorf« können in diesem Sinne als politisch, als »Neuvermessung« (Martinsen 2020: 586) sozialer und politischer Verhältnisse gedeutet werden. Sie werden jedoch gerade im Zuge der Auseinandersetzung mit zivilgesellschaftlichem Engagement, so meine These, von Politik und Öffentlichkeit nicht umfassend genug als politisches Handeln gewertet.

Eine weitere Ebene der Entpolitisierung besteht darin, dass Privatunternehmen in devastierten Dörfern zu Akteuren des »Engagements« werden, indem sie eine fehlende staatliche Daseinsvorsorge mit privaten Investitionen kompensieren. Eine globale Strategie, die sich in Europa und in anderen Gegenden der Welt zeigt. Die Studie im südlichen Patagonien Argentiniens von Alexandra Bechtum (2021) zeichnet diese Form der Entpolitisierung nach. Dort übernimmt das transnationale Bergbauunternehmen AngloGold Ashanti staatliche Aufgaben, wie den Bau von Schulen, und schafft dadurch bei den Anwohner*innen und der Gemeinde Akzeptanz für ihre privatwirtschaftliche Goldmine. Die politische Entscheidungskraft der Aktiven und auch der Gemeinde wird jedoch durch das Handeln des Privatunternehmens vor Ort immer weiter eingegeben, wodurch eine Dynamik der Entpolitisierung beginnt. Dies zeigt sich beispielsweise in der Gründung von bergbaubezogenen Bildungseinrichtungen durch AngloGold Ashanti und deren Einfluss in Bildungscurricula – eigentlich eine staatliche Aufgabe (ebd.: 490).

Partizipation

Mit der politischen Praxis der *Partizipation* wird Handeln von Bürger*innen Teil der demokratischen Mitbestimmung. Formen der Partizipation sind Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Bürgerinitiativen, die Übernahme von politischen Ämtern, aber auch Beteiligungsverfahren. Es sind Handlungen, bei denen Bürger*innen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen (vgl. Simonson et al. 2017: 200), »mit möglichst gleichen Zugangs- und Einflusschancen« (Sack 2020: 671). Partizipative Formen expandierten in den letzten Jahrzehnten in Bereiche wie Schule und Jugendarbeit (vgl. Gerhartz-Reiter/Reisenauer 2020). Partizipation wurde auch zum »Albtraum« (Miessen 2012) deklariert und zunehmend ambivalent betrachtet (vgl. Sack 2020: 671ff.). Wenn ein devastiertes Dorf gerettet und wiederbelebt werden soll, nutzen Bürger*innen die gesamte Bandbreite der Partizipation, um Kommunen und Landesregierungen zu beeinflussen. Um Perspektiven für die Dörfer zu schaffen, setzen sie sich meist auch mit alternativen Eigentumsstrukturen und alternativen Wirtschaftsformen auseinander, wie etwa mit Genossenschaftsmodellen für Wohnraum und Landwirtschaft.

Die Übernahme politischer Ämter bis hin zur Übernahme ganzer kommunaler Regierungen durch soziale, linke Bewegungen, stellt ein Ziel des Munizipalismus dar, wie er u.a. von Murray Bookchin als »libertärer Munizipalismus« (1991) in den 90er Jahren vorgeschlagen wurde. Dabei komme es auf eine Aushandlung in Bürgerversammlungen an, mit dem Ziel eine Politik der sozialen Ökologie zu schaffen: »In der Tat ist die einzige Politik, die der Linken bleibt, eine Politik, die auf der Prämisse beruht, dass es ein »allgemeines Interesse« an der Demokratisierung der Gesellschaft und dem Erhalt des Planeten gibt« (ebd.: 8, übersetzt v. d. Verf.a. d. Engl.). Ein bekanntes Beispiel für die Anwendung von Munizipalismus als politische Praxis in einer Großstadt, ist die Wahlplattform Barcelona en Comú. Sie stellte von 2015 bis 2023 die Regierung und die Bürgermeisterin in Barcelona (vgl. Vollmer 2017). Während der Begriff Munizipalismus auf und von stadtpolitische(n) Gruppen angewendet wird, wird er selten mit dörflichen Gemeinden in Verbindung gebracht. Doch in vielen ländlichen Kommunen finden munizipalistische Praktiken, wie kommunale Selbstverwaltung, gemeinwohlorientierte Ausrichtung von Institutionen und Elemente direkter Demokratie statt (vgl. Naumann/Mießner 2020: 196). Die Sprache des Munizipalismus betont »für [Herv. i. O.] was man ist und nicht (nur) gegen [Herv. i. O.] was« (Vollmer 2017: 152). Diese konstruktive Lesart legt nahe, dass Munizipalismus nur in der kollektiven Praxis erarbeitet werden kann, in der Aushandlung mit all den sozialen Bewegungsgruppen, die in dem Stadt- oder Landraum wirken, der transformiert werden soll. Damit wird ausschließender linker, sowie rechter Ideologie eine Absage erteilt.

Ein Beispiel für munizipalistische Praxis ist im Dorf Steine im Wendland zu finden, wo eine Bürgerinitiative für Eigentumsrechte und gegen den Verfall des Dorfes kämpft:

»Aber die CDU hat die ganze Zeit die Mehrheit gehabt und dementsprechend hier die Politik bestimmt. Uns war halt klar, dass wenn wir Steine wieder zurückhaben wollen, dann geht das nicht, wenn die CDU hier an der Macht ist. Die haben ja überhaupt kein Interesse, die finden das doch geil, wenn da blöde Sachen entstehen, Gewerbenutzung halt.« (Aktive*r einer lokalen Bürgerinitiative).

Als Konsequenz ließen sich Linke auf die lokale Grüne Liste schreiben, was letztlich zu einer Mehrheit bei den nächsten Wahlen führte. Jener Gemeinderat setzt sich traditionell aus Abgeordneten der Parteien CDU und Bündnis 90/Die Grünen, sowie aus Parteilosen zusammen. Die Aktiven in Steine nutzten den tradierten Einfluss der Anti-AKW-Bewegung im Wendland und die Akzeptanz der Partei Bündnis 90/Die Grünen in der Region. So konnten sie auch ohne eigenes munizipalistisches Bündnis, welches in der kleinen Gemeinde mit wenigen Einwohner*innen nicht zustande kam, Einfluss auf politische Entscheidungen, die Steine betreffen, nehmen. Eine strategische Kooperation im Gemeinderat aus Abgeordneten aus dem »anarchistischem Spektrum« (Aktive*r einer lokalen Bürgerinitiative) und »Gewohnheitsgrüner« (Aktive*r einer lokalen Bürgerinitiative) innerhalb der Partei Bündnis 90/Die Grünen machte dies möglich. So wurde im Gemeinderat verhindert, dass der ehemalige Schlachthof wieder in Betrieb genommen werden kann. Eine wichtige Grundlage für eine perspektivische Wiederbelebung des Dorfes.

Wenn Aktive politische Verantwortung von der Politik übertragen bekommen, doch an dieser gehindert werden, können Formen der »Scheinpartizipation« (Holm 2011: 215) wirken. Dies zeigt das Beispiel des Beteiligungsverfahrens des Dorfes Pödelwitz bei Leipzig. Im Jahr 2019 wurde das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung gegründet u.a. um das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen (BMBF 2020) umzusetzen. Die Entwicklung in den Gemeinden und Kommunen wird von der Sächsischen Agentur für Strukturentwicklung koordiniert. Teil des Strukturentwicklungsplans ist ein gesellschaftliches Beteiligungsverfahren: »Die Länder sind verpflichtet, Begleitgremien unter Beteiligung der für die Regionalentwicklung maßgeblichen Akteure und der Sozialpartner einzurichten.« (BMBF 2020: 1799).

Das Dorf Pödelwitz ist seit 2021, nach 13 Jahren Protest, begleitet von großer Medienarbeit und durch den Einfluss im Gemeinderat vor der endgültigen Abbaggerung gerettet. Doch 80 % des Dorfes ist Eigentum der MIBRAG (Mitteldeutsche Braunkohle AG). Diese Gebäude, z.T. auch denkmalgeschützt, stehen seit Jahren leer. Seither entwickelt eine heterogene Gruppe Visionen für die Wiederbelebung des Dorfes. Das Ziel ist ein Modelldorf für ökologische und soziale Nachhaltigkeit zu schaffen. Von jenen Aktiven wurde ein Verein gegründet, um im Beteiligungsverfahren als gleichberechtigter Partner gegenüber MIBRAG, Kommunal-, und Regionalpolitik aufzutreten. In einem Schreiben des Vereins via Mailverteiler steht, dass sie sich bedroht fühlen:

»Selbst organisierte Beteiligungsformate werden durch die Abwesenheit der Amtsträger ausgebremst. [...] Zwei Ämter scheinen gegen die Gästewägen vorzugehen. Die Wägen ermöglichen längere Aufenthalte im Dorf, um das Dorf am Leben zu halten [...]. Im September startet ein lang angekündigtes Beteiligungsverfahren, bei dem wir aber Zweifel haben, ob es sich um echte Beteiligung handeln wird, zudem die Verdrängung [der Wohninfrastruktur im Dorf] seitens der Ämter zufällig zum Auftakt des Beteiligungsverfahrens geschieht.« (Informations-Mail des Vereins).

Das von der Sächsischen Agentur für Strukturentwicklung koordinierte Beteiligungsverfahren wird von den Aktiven des Vereins als nicht adäquat umgesetzt wahrgenommen, sie fühlen sich gar sabotiert. Verkommt Partizipation damit zur »Scheinbeteili-

gung« (Aktive*r aus dem Braunkohledorf Pödelwitz), mit der kritisch gesetzten Frage »Wer entscheidet am Ende?« (Aktive*r aus dem Braunkohledorf Pödelwitz)? Folgt man Jacques Rancières (u.a. 2022, 2011) Thesen in seinen Schriften, kann eine Deutung von Partizipation und Scheinpartizipation in Richtung von Macht und Wissen vorgenommen werden:

»Europäische Regierungen üben in einer Allianz von Reichtum und ›Expertenwissen‹ ein oligarchisches Konsensregime aus, das durch den depolitisierten Diskurs der Alternativlosigkeit intendiert, jegliche demokratische, dissensuelle Erscheinung des Demos zu unterminieren« (Abbas 2020: 397).

Ein hergestellter Konsens von Regierungen verhindert so von vornherein einen offenen Diskurs und eine gleichberechtigte Partizipation, selbst wenn dieser Prozess explizit angestoßen wurde. Lefebvre bezeichnet viele Partizipationsprozesse als »Scheininformati-on [...] und gesellschaftliche Scheinhandlung« (Lefebvre 2019: 146f.) und stellt die Selbstverwaltung als Form der aktiven Mitwirkung der Partizipation gegenüber.

Aktivismus

Mit steigender Dringlichkeit entwickeln viele lokale Initiativen zunehmend *aktivistische* Praktiken. Diese sind so vielfältig, wie die Dörfer selbst: Es sind lokale Einzelbewegungen, wie zum Beispiel eine Besetzer*innengruppe im Dorf Steine. Oder die Netzwerke »Alle Dörfer bleiben!« und »Ende Gelände«, welche deutschlandweit vernetzt und auch mit Rückhalt aus den Städten gegen Konzerne der Braunkohle kämpfen, etwa durch Blockaden und andere Formen Zivilen Ungehorsams sowie Mahnwachen. Eine einschlägige Definition von Aktivismus gibt es nicht. In vielen Publikationen wird Karl Poppers Definition zitiert: »Die Neigung zur Aktivität und die Abneigung gegen jede Haltung des passiven Hinnehmens kann man ›Aktivismus‹ nennen« (1987: 6). Doch gerade in Abgrenzung zu Engagement und Partizipation, wie sie oben definiert wurden, scheint es bei Aktivismus um mehr zu gehen. Die Anti-Braunkohle-Bewegung Ende Gelände schreibt, dass sie »zu einer grundlegenden Gesellschaftsveränderung, zu einem system change beitragen« (2022: 56ff.) wollen. Genau darin kann das Konfliktpotential zwischen Aktivist*innen und Staatsorganen, sowie den Medien liegen.

Bei den Räumungsprotesten in Lützerath im Januar 2023 wurden die Aktivist*innen in der Medienberichterstattung meist als Klima-, oder Umweltaktivist*innen bezeichnet, obwohl es immer auch um den Erhalt des Dorfes im Sinne einer Idee von »Recht auf Dorf« ging. Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) bezeichnete manche der Klimaaktivist*innen ein Jahr nach dem Protest als »radikale Klimachaoten« (ZEIT ONLINE 2024). In den Medien und im politischen Diskurs wurden Bilder erzeugt, welche die Fokussierung auf körperlichen Widerstand gegen Staatsgewalt der Klimaaktivist*innen als Beweise für eine angebliche Radikalisierung der Klimabewegung anbrachten (vgl. Grimm et al. 2023: 179). Es ist eine zugeschriebene Radikalisierung, welche nicht zuletzt seit den Aktionen der »Letzten Generation« präsent ist. Ähnlich kritisiert der Bericht »Entscheidung für Gewalt« (2023) der Bürgerrechtsbewegung Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. Es schwingt im Subtext der Narrative der Politik im-

mer mit, dass die, die sich gegen die Räumung stellen, sich undemokratisch verhalten würden (vgl. 2023: 5). Gerade das zum Teil gewaltsame Vorgehen der Polizei in Lützerath wurde von vielen Aktivist*innen und unabhängigen Beobachter*innen als Machtdemonstration gewertet. Dass Polizei eine Legitimationsfunktion von sozialen Protesten hat, zeichnet Rancière (2022) mit dem Konflikt von Politik und Polizei als Grundbedingung für jegliches politisches Handeln nach. Die Exekutive besitze die Funktion, Subjekten eine Identität zuzuweisen (vgl. ebd.: 39ff.). In Anlehnung an Rancières Theorie wird in weiteren Studien die Polizei als eigenständige politische Akteurin bei Protesten genauer beschrieben: »Durch Pressestatements und den Einsatz polizeilicher Maßnahmen wirkt die Polizei daran mit, ob Proteste als legitim oder illegitim gelten« (Dömming/Pichl 2023: 242). Politisches entstehe erst dann, wenn es Subjekten gelinge, »Subjekte, Positionen und Themen entgegen den polizeilichen Zuschreibungen durch den geäußerten Dissens als politisch relevant zu setzen« (Abbas 2020: 393). Für die Aktivist*innen in Lützerath bedeutete dies, dass sie einschlägigen Zuschreibungen von Polizei, Regierung und Medien, dass sie radikal, sowie Klimachaoten seien, aktiv etwas entgegen müssen, wollen sie ihre Souveränität als legitim und demokratisch handelnde Subjekte wahren oder wiederherstellen. In der andauernden Kritik und Aufarbeitung des Vorgehens der Polizei bei der Räumung des Dorfes vor allem durch linke Organisationen wird jenes Politische vollzogen, von dem Rancière spricht. Denn die Polizei »ist eine Ordnung des Sichtbaren und des Sagbaren« (Rancière 2022: 41), das Politische ist dann die Intervention in diese Ordnung.

Damit wird noch nicht der gesamte »Anteil der Anteillosen« (ebd.: 24) sichtbar. Also jener Aktiver, die vom Diskurs ausgeschlossen sind, indem sie durch die polizeiliche Ordnung marginalisiert und delegitimiert werden. Die Anteillosen werden dabei nicht von vornherein sozioökonomisch determiniert, sondern sie schaffen sich durch die »Inszenierung ihres Ausschlusses als Marginalisierte« (Abbas 2020: 393) im politischen Konflikt selbst. In Lützerath kämpften simultan zahlreiche weitere Aktive mit heterogenen Wertemustern, wie die Initiative »Die Kirche(n) im Dorfflassen«, welche regelmäßig Gottesdienste und Mahnwachen an der Kante veranstaltete, um für den Erhalt der bedrohten Kirchen im Rheinischen Braunkohlerevier zu kämpfen. Die Initiative verbindet eine christliche Klimabewegung mit dem Kampf für globale Klimagerechtigkeit sowie mit dem Erhalt sakraler Strukturen im Dorf. Sie erhielten bei ihrer Mahnwache in Lützerath eine sogenannte Bestätigungsverfügung, wonach sie ihren Versammlungsort wechseln sollten (Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. 2023: 7). In Pödelwitz kommt der erhaltenen und von außen bereits sanierten Dorfkirche die wichtige Funktion zu, ein Raum für Begegnung und politische Arbeit zu sein sowie die christliche Tradition des Dorfes zu wahren.

Zur Frage: »Recht auf Dorf« als neuer Kompass für sozial-ökologische Gesellschaftskritik?

Auf die »Recht auf Dorf«-Bewegung mit ihren heterogenen Akteuren, spezifischen Praktiken, Weltanschauungen und Konfliktlinien sollte von den Sozialwissenschaften und der Öffentlichkeit eingehender geblickt werden. Denn im Kampf um die Dörfer wer-

den Transformationen und transformatives Potential in Dorf und Stadt gleichermaßen sichtbar. Die Forschung um die Frage nach einem »Recht auf Dorf« muss dabei mit einem *ruralen* Spatial Turn beginnen. Henri Lefebvre bietet u.a. mit seinen *ruralen* Schriften und seinem Buch »Recht auf Stadt« einen passenden analytischen Rahmen, wenn er Dörfer und Städte gleichermaßen in den Kontext von Kapitalismus und Urbanismus stellt. Damit werden Dörfer Teil einer umfassenden Raumlogik, anstatt sie solitär oder lediglich in Opposition zur Stadt wahrzunehmen. Der Blick auf devastierte Dörfer offenbart, wie gezeigt wurde, Themen wie Ressourcengewinnung, Flächennutzung, Eigentumsstrukturen und die Klimafrage. Jene Themen werden vor Ort, in Braunkohleregionen oder in verlassenen Dörfern verhandelt und sind gleichzeitig Ausdruck von translokalen Stoff- und Kapitalströmen. Diese sind oft mit multinationalen Konzernen verbunden, wie in den Braunkohlerevieren um Pödelwitz, im ehemaligen Dorf Lützerath und im Dorf Steine zu sehen ist.

Gerade in Zeiten, in denen demokratiegefährdende neoliberale und rechtspopulistische Strömungen und Parteien in Europa auf dem Vormarsch sind, ist es unabdingbar, sich eingehender mit den Lebenswelten der Peripherien auseinanderzusetzen. Devastierte Dörfer sind, jenseits einzelner ikonischer Dörfer, die temporär zum Zentrum werden, solche Peripherien, genauso wie Kleinstädte in strukturschwachen Regionen oder Randbezirke in Metropolen. Es liegt nahe, hiesige Dynamiken der Devastierung und die Proteste dagegen als solche des aktuellen Weltgeschehens ernst zu nehmen, statt sie zu entpolitisieren und zu radikalisieren. Wie gezeigt wurde, sind Entpolitisierung und Radikalisierung zum Teil politisch intendiert. Die Entpolitisierung steht auch in der Intention des Staates und der Öffentlichkeit, die marode Infrastruktur durch Eigenverantwortung der Bürger*innen zu reparieren. Je unpolitischer und unideologischer diese agieren, desto reibungsfreier erfüllen sie diese Funktion mit ihrem sozialen Engagement. Die zugeschriebene Radikalisierung ist immer auch Ausdruck des Aushandlungsverhältnisses zwischen Politik, Polizei und aktiven Bürger*innen. Je systemkritischer, desto mehr stehen sie im Fokus der Repression.

Es ist dabei entscheidend zu sehen, dass der progressive Widerstand in den Dörfern zeitgemäße und visionäre Fragen anstößt und mitverhandelt. Denn ein »Recht auf Dorf« prägt die Verschränkung von ökologischen mit sozialen Fragen in vielfältiger Art und Weise: die Frage nach Ressourcengewinnung und Klimaschutz im und unter dem Sozialraum Dorf, genauso wie die Opposition gegen neoliberale, sowie rechte Landnahme von Dörfern und landwirtschaftlichen Flächen, und die Möglichkeiten und Attraktivität des Zusammenlebens in devastierten Regionen fernab der Zentren. Die Aktiven für ein »Recht auf Dorf« entwickeln dabei gesellschaftliche und politische Alternativen, welche eine heterogene Gesellschaft, sowie die Balance zwischen Natur, Landwirtschaft und Kultur mitberücksichtigt. Dies ist Ausdruck einer neuen sozial-ökologischen Gesellschaftskritik, die in den Sozialwissenschaften bereits verarbeitet wird und noch weiter gedacht werden sollte, will man zu neuen, kreativen Lösungen für die Krisen unserer Zeit kommen.

Wegweisend kann dabei das Konzept des Territoriums als sozial-ökologische Ideologie sein. Territorien sind in lateinamerikanischen, indigenen Kämpfen gegen Extraktivismus (Navarro 2012: 158), wie etwa bei den mexikanischen Zapatistas zentral (Marcos 2018). Einige Aktive in Dörfern bringen von ihren Besuchen bei den autonom organi-

sierten Zapatistas, Wissen in europäische Dörfer. Eine Gruppe der Zapatistas wiederum besuchte 2021 Pödelwitz, um sich mit politischen Gruppen und Bewegungen vor Ort auszutauschen. Ihr Statement stärkt den lokalen Kampf unterschiedlicher Aktiver für ein »Recht auf Dorf«:

»Es sind Widerstände und Rebellionen, die uns Zapatist:innen lehren, dass die Lösungen unten zu finden sein könnten, in den Kellern und Winkeln der Welt. Nicht in den Regierungspalästen. Nicht in den Büros der großen Konzerne« (Zapatistas 2021).

Es ist die Aufgabe der Sozialwissenschaften, in eben diese Keller und Winkel zu gehen.

Literaturverzeichnis

- Abbas, Nabila (2020): »Jacques Rancière«, in: Dagmar Comtesse/Oliver Flügel-Martinsen/Franziska Martinsen/Martin Nonhoff (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, 2. Auflage, Berlin: Suhrkamp, S. 388–399.
- Archiv verschwundener Orte (2023): »Ausstellung verschwundener Orte«, Abrufbar unter: https://www.archiv-verschwundene-orte.de/de/ausstellung/die_ausstellung/69928, letzter Zugriff am 20.01.2024.
- Arendt, Hannah (1949): »Es gibt nur ein einziges Menschenrecht«, in: *Die Wandlung*, 4 (II), S. 754–770.
- Arendt, Hannah (2003): *Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass*. München: Piper.
- Barracrough, Laura (2013): »Is There Also a Right to the Countryside?«, in: *Antipode* 45 (5), S. 1047–1049.
- Bechtum, Alexandra (2021): »Industrieller Goldbergbau und ländliche Entwicklung. Eine Analyse des politischen Einflusses transnationaler Bergbauunternehmen im südlichen Patagonien«, in: Bernd Belina/Andreas Kallert/Michael Mießner/Matthias Naumann (Hg.), *Vergessenes Land? Perspektiven auf rurale Entwicklung*, PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 51 (204), S. 477–495.
- Belina, Bernd/Kallert, Andreas/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (Hg.) (2021): *Vergessenes Land? Perspektiven auf rurale Entwicklung*. PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 51 (204). Berlin: Bertz + Fischer.
- Berkner, Andreas (Hg.) (2022): *Bergbau und Umsiedlungen im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier, Beucha/Markkleeberg*: Sax-Verlag.
- BMBF (2020): *Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen*. Bundesgesetzblatt Jahrgang 2020, Teil 1, Nr. 37. Bonn: Bundesanzeiger Verlag.
- Bookchin, Murray (1991): »Liberitarian Municipalism: An Overview«, in: *Green Perspectives* 24.
- Brenner, Neil/Marcuse, Peter/Mayer, Margit (Hg.) (2012): *Cities for people, not for profit. Critical urban theory and the right to the city*, Abingdon, Oxon/New York: Routledge.
- Bühler, Eve-Anne/Darby, Ségolène/Milian, Johan (2015): »Arenas and resources of the right to the village: the underpinnings of emancipation in Western countryside in the 21st century«, in: *justice spatiale | spatial justice* 7.

- BUND NRW (2023): Verheizte Heimat. Abrufbar unter: <https://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/verheizte-heimat/>, letzter Zugriff am 20.01.2024.
- Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hg.) (2020): Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch, 2. Auflage, Berlin: Suhrkamp.
- Cordova, Teresa (1999): »The Invasion of Aztlan and Struggles for Land«, in: Progressive Planning.
- Crouch, Colin (2020): Postdemokratie, 14. Auflage, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Berlin: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft.
- Dömming, Eric von/Pichl, Maximilian (2023): »(Il-)Legitime Proteste, (Il-)Legitime Polizeigewalt«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 36 (2), S. 242–255.
- El Nour, Saker/Gharios, Cynthia/Mundy, Martha/Zurayk, Rami (2015): »The right to the village? Concept and History in a village of South Lebanon«, in: justice spatiale | spatial justice (7).
- Elden, Stuart/Morton, Adam David (Hg.) (2022): On the rural. Economy, sociology, geography, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Ende Gelände (2022): We shut shit down, 1. Auflage, Hamburg: Edition Nautilus.
- Fuller, Matthew/Goriunova, Olga (2017): »Über Devastierung. Wie sich die Kraft der Zerstörung im Zusammenhang einer allgemeinen Ökologie neu denken lässt«, in: springerin 4.
- Gaier, Ted/Logan, Melissa et al. (2009): Manifest. Not in Our Name, Marke Hamburg! Abrufbar unter: http://wiki.rechtaufstadt.net/index.php/Manifest_Not_In_Our_Name,_Marke_Hamburg!, letzter Zugriff am 20.01.2024.
- Gerhartz-Reiter, Sabine/Reisenauer, Cathrin (2020): Partizipation und Schule. Perspektiven auf Teilhabe und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen, Wiesbaden/Heidelberg: Springer VS.
- Girtler, Roland (2009): 10 Gebote der Feldforschung, 2. Auflage, Wien: LIT.
- Girtler, Roland (1996): Randkulturen. Theorie der Unanständigkeit, Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag.
- Grimm, Jannis/Franzki, Hannah/Salehi, Mariam (2023): »Neue Radikalität? Protest, Gewalt und ziviler Ungehorsam – Versuche einer Grenzziehung«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 36 (2), S. 179–185.
- Harvey, David (2021): Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution, 5. Auflage, Berlin: Suhrkamp.
- Holm, Andrej (2011): »Das Recht auf Stadt«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8, S. 89–97.
- IGZD (2023): Karte Infrastrukturprojekte. Abrufbar unter: <https://www.igzd.de/karte-infrastruktur.htm>, letzter Zugriff am 20.01.2024.
- Kracauer, Siegfried (1971): Die Angestellten. Aus dem neuesten Deutschland, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. (2023): »Entscheidung für Gewalt. Bericht über die Demonstrationsbeobachtung rund um die Räumung von Lützerath«, Köln.

- Landy, Frédéric/Moreau, Sophie (2015): »The Right to the village«, in: *justice spatiale | spatial justice* 7.
- Langner, Sigrun (Hg.) (2018): *Rurbane Landschaften. Perspektiven des Ruralen in einer urbanisierten Welt*, Bielefeld: transcript.
- Lefebvre, Henri (2019): *Das Recht auf Stadt*, 3. Auflage, Hamburg: Edition Nautilus.
- Lindner, Rolf (2007): *Die Entdeckung der Stadtkultur. Soziologie aus der Erfahrung der Reportage*, Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- Marcos (2018): *The Zapatistas' dignified rage. Final public speeches of Subcommander Marcos*, Chico: AK Press.
- Martinsen, Franziska (2020): »Politik und Politisches«, in: Dagmar Comtesse/Oliver Flügel-Martinsen/Franziska Martinsen/Martin Nonhoff (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, 2. Auflage, Berlin: Suhrkamp, S. 583–592.
- Maschke, Lisa/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (2020): *Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven*, Bielefeld: transcript.
- Michl, Eike Henning (2021): *Wüstungsforschung in Deutschland. Eine Einführung*, 1. Auflage, Norderstedt: BoD – Books on Demand.
- Miessen, Markus (2012): *Albtraum Partizipation*, Berlin: Merve.
- Mießner, Michael/Naumann, Matthias (Hg.) (2019): *Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformation und lokale Herausforderungen*, 1. Auflage, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Naumann, Matthias (2022): »Kritische Stadtforschung jenseits von Großstädten und Wissenschaftsbetrieb: Beitrag zur Debatte »Was ist Stadt? Was ist Kritik?«, in: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 10 (1), S. 174–176.
- Naumann, Matthias/Mießner, Michael (2020): »Nachhaltiges Wohnen auf dem Dorf?«, in: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 8 (1/2), S. 193–198.
- Navarro, Mina Lorena (2012): »Las luchas socioambientales en México como una expresión del antagonismo entre lo común y el despojo múltiple«, in: *OSAL* 13 (32).
- Pailloux, Anne-Laure (2015): »Deferred Development Zone (ZAD) versus »Zone to be protected«. Analysis of a struggle for autonomy in/of rural space«, in: *justice spatiale | spatial justice* 7.
- Popper, Karl R. (1987): *Das Elend des Historizismus*, 6. Auflage, Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Rancière, Jacques (2022): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, 7. Auflage, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rancière, Jacques (2011): *Chronik der Konsensgesellschaft*, Wien: Passagen Verlag.
- Reda, Jens (2019): »Zivilgesellschaftliches Engagement in ländlichen Räumen. Kritische Perspektive auf soziale Praxis«, in: Michael Mießner/Matthias Naumann (Hg.), *Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformation und lokale Herausforderungen*, 1. Auflage, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 252–265.
- Reichert-Schick, Anja (2013): »Wüstungen – zur potentiellen Renaissance eines historischen Phänomens«, in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 61 (1), S. 27–47.
- Sack, Detlef (2020): »Partizipation«, in: Dagmar Comtesse/Oliver Flügel-Martinsen/Franziska Martinsen/Martin Nonhoff (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, 2. Auflage, Berlin: Suhrkamp, S. 671–680.

- Schnabel, Annette/Beyer, Heiko (2017): *Theorien Sozialer Bewegungen. Eine Einführung*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Scoones, Ian/Edelman, Marc/Borras, Saturnino M./Forero, Lyda Fernanda/Hall, Ruth/Wolford, Wendy/White, Ben (2022): *Authoritarian Populism and the Rural World*, Abingdon/New York: Taylor & Francis.
- Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Tesch-Römer, Clemens (2017): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*, Wiesbaden: Springer.
- Steinführer, Annett (2015): »Bürger in der Verantwortung. Veränderte Akteursrollen in der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge«, in: *Raumforschung und Raumordnung* 73 (1), S. 5–16.
- Steinführer, Annett (2017): »Verschwunden, nicht gestorben. Warum sich die Raumsoziologie (trotzdem) wieder mit dem Dorf beschäftigen sollte«, Abrufbar unter: <https://blog.sozioologie.de/2017/08/verschwunden-nicht-gestorben-warum-sich-die-raumsoziologie-trotzdem-wieder-mit-dem-dorf-beschaefigen-sollte/>, letzter Zugriff am 20.01.2024.
- Vollmer, Lisa (2017): »Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus. Über den Kongress »Fearless Cities«, Barcelona 10./11. Juni 2017«, in: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 5 (3), S. 147–156.
- Williams, Raymond (2006): *The country and the city*, New York: Oxford University Press.
- Zapatistas (2021): *Infos zur Reise der Zapatistas 2021 nach Europa*. Abrufbar unter: <https://www.ya-basta-netz.org/wp-content/uploads/2021/01/reise-zapatistas-sommer-2021.pdf>, letzter Zugriff am 20.01.2024.
- ZEIT ONLINE (10.01.2024): »Ermittler sehen radikale Unterwanderung von Klimaprotest in Lützerath«, in: ZEIT ONLINE, 10.01.2024.

